

## Vorlage Stadtparlament

Datum 21. Mai 2019  
Beschluss Nr. 3035  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Remo Dagupati: "Wie steht es um die Chancengleichheit in den Sekundarschulen?"; Beantwortung

Am 20. März 2019 reichte Remo Dagupati die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Wie steht es um die Chancengleichheit in den Sekundarschulen?" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Die zwischen der Stadt St.Gallen und dem Katholischen Konfessionsteil im September 2016 geschlossene Vereinbarung soll der städtischen Oberstufe und der Katholischen Kantonsschule (flade) mit Wirkung ab Sommer 2019 die Weiterentwicklung ihrer Oberstufen gemäss den kantonalen Vorgaben und den je eigenen Oberstufenkonzepten ermöglichen sowie allen Oberstufenschülerinnen und -schülern aus der Stadt den rechtsgleichen und in Übereinstimmung mit dem übergeordneten Recht konformen Zugang zu den Oberstufen beider Schulträger (Stadt St.Gallen und Konfessionsteil) sicherstellen. Konkret werden sich sowohl die Stadt als auch der Katholische Konfessionsteil gleichermaßen für eine bestmögliche Beschulung, den respektvollen Umgang mit Vielfalt und die gesellschaftliche und schulische Integration der in der Stadt wohnhaften Schülerinnen und Schüler auf der Oberstufe einsetzen. Dabei darf es künftig an der flade genauso wie an den städtischen Oberstufen keine finanzielle oder andere Bevorzugung katholischer Schülerinnen und Schüler geben, und auch die flade erfüllt ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter Wahrung der religiösen Neutralitätsverpflichtung. Den Erziehungsberechtigten aus der Stadt steht die Wahl zu, ob ihr Kind an der städtischen Schule oder an der flade beschult werden soll. Für die Aufnahme städtischer Schülerinnen und Schüler an der flade besteht pro Schuljahr eine Obergrenze von 30 Prozent am Gesamttotal der städtischen Sechstklässlerinnen und Sechstklässler. Wird diese Obergrenze aufgrund der Anmeldungen überschritten, lässt die flade das Los separat nach den drei Schultypen (Sekundar-, Real- und Klein-klassen) entscheiden. Erziehungsberechtigte haben für ihre an der flade beschulten Kinder aus der Stadt – unabhängig von ihrer Konfession – kein Schulgeld mehr zu bezahlen.

#### 2 Beantwortung der Fragen

1. *Wie schneiden die städtischen Sekundarschulen im innerstädtischen, interkantonalen und nationalen Vergleich bezüglich der Unterrichtsqualität und dem Erreichen der Lernziele ab? Gibt es in Bezug auf die Schulqualität Unterschiede zwischen den städtischen Schulen und der Katholischen Kantonsschule flade?*

Vergleichsdaten der erfragten Art, sprich ein Ranking einzelner Schulen im Vergleich auf der Grundlage von Testdaten, hat es bisher schweizweit noch nie gegeben. Hingegen bestehen interkantonale und nationale Vergleiche. Diese messen aber nur Teilbereiche:

- Von bestehenden Untersuchungen mit Teilnahme des Kantons St.Gallen zu erwähnen ist die internationale Schulleistungsuntersuchung «Program for International Student Assessment» (PISA). Dabei werden seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre die Fähigkeiten von 15-Jährigen in den Fachbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften geprüft und analysiert. Der Kanton St.Gallen hat sich im Jahr 2012 zum fünften Mal mit einer kantonalen Zusatzstichprobe bei PISA beteiligt. Dabei erzielten die Schülerinnen und Schüler des Kantons St.Gallen im nationalen Vergleich überdurchschnittliche Leistungen in der Mathematik und in den Naturwissenschaften und durchschnittliche im Lesen. Aussagen zu einzelnen Schulen liegen keine vor.
- Seit dem Frühjahr 2016 finden als Bestandteil des Bildungsmonitorings Schweiz zudem regelmässige Überprüfungen des Erreichens der Grundkompetenzen, kurz ÜGK, statt. Es handelt sich um stichprobenbasierte Erhebungen, die zeigen sollen, wie gut die nationalen Bildungsziele resp. die Harmonisierung erreicht wurden. Auch hier gibt es keine Aussagen zu einzelnen Schulen.
- Im Kanton St.Gallen stehen den Lehrpersonen seit Schuljahr 2018/19 mit «Lernlupe» (2. Zyklus; 3. bis 6. Primarklasse) und «Lernpass plus» (3. Zyklus; Oberstufe) zwei Lernfördersysteme zur Nutzung zur Verfügung. In «Lernpass plus» wird die Standortbestimmung «Stellwerk» genannt. Die eingesetzten adaptiven Testverfahren passen sich im Schwierigkeitsgrad dem individuellen Antwortverhalten der Schülerinnen und Schüler an.

Rankings einzelner Schulen wird es gemäss EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) aller Wahrscheinlichkeit auch künftig nicht geben, dies aus den folgenden Gründen: Die Politik hat sich schon mehrfach gegen Schulrankings ausgesprochen. Zudem macht der Vergleich zwischen einzelnen Schulen keinen Sinn.<sup>1</sup> Denn Schulen sind sehr unterschiedlich zusammengesetzt und Fragen zur Bildungs- oder Chancengerechtigkeit lassen sich ohne Angaben zur sozialen Herkunft nicht beantworten. Aufgrund der grossen Bedeutung der sozialen Zusammensetzung für den Lernerfolg müsste sehr genau untersucht werden, welche Kompetenzen wie gut erreicht werden, wie gross die Leistungsheterogenität in der jeweiligen Klasse ist und wo eine bestimmte Klasse im Vergleich zu Klassen mit ähnlicher sozialer Zusammensetzung steht.<sup>2</sup>

Die wesentlichste Frage im Bereich der Erhebung von Bildungsdaten betrifft den Umgang mit den gewonnenen Daten. Diesbezüglich gibt es klare Einschränkungen. Konkret dürfen mittels Textsystemen erhobene Bildungsdaten nur zu ganz bestimmten Zwecken verwendet werden:

- Die Lehrperson bespricht die individuell erbrachten Leistungen mit der Schülerin, dem Schüler.
- Die Eltern haben ein Einsichtsrecht in die individuellen Testergebnisse ihres Kindes.
- Eine Auswertung der Testergebnisse einer gesamten Klasse ist möglich. Dafür stehen aber nur anonymisierte Daten und nur zur eigenen Standortbestimmung zur Verfügung.

---

<sup>1</sup> Generalsekretariat EDK, Faktenblatt nationale Bildungsziele vom 5. April 2018, S. 5

<sup>2</sup> Urs Moser, Bildungsforscher Universität Zürich in: «Kompetenzen - Messen als Risiko oder Chance?», Schulinfo Zug, 2019

Jedem Schulträger sind somit im Umgang mit den eigenen Testergebnissen, selbst in seinem rein internen Verhältnis, klare Grenzen gesetzt. Erst recht gilt diese Einschränkung für Daten im Verhältnis zu anderen öffentlichen Schulträgern. Der Hauptzweck spezifischer Test- respektive Lernfördersysteme liegt ausschliesslich darin, der Lehrperson die individuellen Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler zu spiegeln und ihr verschiedene Auswertungsformate und Interpretationshilfen zur Verfügung zu stellen. Diese im Kanton St.Gallen gültige Ausgangslage spiegelt die schweizweit geltende Praxis.

2. *Besteht zwischen den städtischen Sekundarschulen und der flade Chancengleichheit in puncto Übertritt an weiterführende Schulen, insbesondere Gymnasien, Fach- und Berufsmittelschulen?*

Chancengleichheit ist ein Orientierungspunkt, der ganz grundsätzlich nicht erreicht werden kann. Denn nicht alle haben die gleichen Chancen. Auch sind die Bildungschancen nicht primär abhängig davon, ob ein Kind eine bestimmte Schule besucht, sondern entscheidend sind in erster Linie die soziale Herkunft, insbesondere die ökonomischen Ressourcen und das Bildungsniveau der Eltern.<sup>3</sup> Es wird somit jene Schule in der Regel erfolgreicher sein puncto Übertritt in weiterführende Schulen, die über einen höheren Anteil an Kindern aus sozial bessergestellten Familien mit Eltern höheren Bildungsniveaus verfügt, dies ungeachtet ihrer pädagogischen Eigenleistung. Die flade hatte traditionell bedingt bisher nur Sekundarklassen und innerhalb dieser Sekundarklassen zudem einen höheren Anteil an Kindern aus bildungsnahen Familien. Gemäss der Vereinbarung Oberstufe vom September 2016 muss ab Sommer 2019 auch die flade sämtlichen kantonalen und bundesrechtlichen Anforderungen an die öffentliche Schule genügen und jedem Kind einen diskriminierungsfreien, rechtsgleichen Zugang erlauben, der für die Eltern unentgeltlich ist. Wenn die flade, was nun schrittweise der Fall sein wird, erstmals Schulklassen mit ähnlicher sozialer Zusammensetzung wie jene an den städtischen Schulen führt, kommt es erstmals zur Arbeit aller Schulen mit einer ähnlich leistungsfähigen und vergleichbar heterogen durchmischten Schülerschaft. Zwar ist auch damit die Utopie einer Chancengerechtigkeit oder gar –gleichheit nicht realisierbar, zumindest konnten damit aber bisherige namhafte Ungleichheiten erstmals mittels vertraglicher Einigung auf ein vertretbares Mass reduziert werden.

3. *Ist es aus Sicht des Stadtrats prüfenswert, dass die Stadt St.Gallen nicht ausgeschöpfte Kontingente der umliegenden Vertragsgemeinden vom Konfessionsteil nutzt, um weiteren städtischen Schülern eine Ausbildung an der Flade zu ermöglichen, um Wegzüge von Familien aus der Stadt in solche Vertragsgemeinden zu vermeiden?*

Nein, eine entsprechende Prüfung ist obsolet, dies aus verschiedenen Gründen: Die Stadt und der Katholische Konfessionsteil haben sich auf die Zuweisungs-Obergrenze an die flade von 30 % am Gesamttotal der städtischen Sechstklässlerinnen und Sechstklässler geeinigt, damit für beide Vereinbarungspartner die nötige Planungssicherheit besteht. Diese Obergrenze entspricht in etwa der bisherigen Nachfrage: Es besuchten bisher stets rund 25 - 27 % der städtischen Sechstklässlerinnen und Sechstklässler die flade. Würden im Falle freier Kapazitäten der flade mehr als die vereinbarte Obergrenze an städtischen Schülerinnen und Schülern der flade zugewiesen, wäre ein Ungleichgewicht die Folge. Denn dann würde der Schulbetrieb der flade zu Lasten der städtischen Oberstufe optimiert. Die Stadt hat aber ein eigenes Interesse, dass ihre Schulhäuser ausgelastet sind und das angestellte Personal genügend Arbeit hat. Die vereinbarte Obergrenze ist für beide Vertragspartner fair und ausgewogen. Eine Optimierung kann und soll nur dann erfolgen, wenn sie beiden Vertragspartnern dient. In

---

<sup>3</sup> Walter Herzog, Professor am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern; «Bildungsgerechtigkeit: Chancengleichheit ist ein zweischneidiges Schwert», nzz-online vom 29. März 2019

diesem Sinne wird in der Oberstufenvereinbarung explizit geregelt, dass von der Obergrenze abgewichen werden kann, sofern sich dadurch insgesamt – also für die städtische Oberstufe und die flade – eine optimalere Klassenbildung im Sinne der Hauptzielsetzung ergibt.

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
▪ Einfache Anfrage vom 20. März 2019